

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher-
und Klimaschutz IV E 10
Am Köllnischen Park 3, 10179 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)
IV E 10

Herr Dr. Liemann

Tel.: +49 30 9025-1404

Fax: +49 30 9025-1670

joerg.liemann@senuvk.berlin.de
elektronische Zugangsöffnung ge-
mäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Rungestraße 29,
Zugang: Am Köllnischen Park 3,
10179 Berlin

21. April 2022

**Feststellung über das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
gemäß § 5 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) für das Vorhaben
„U7 Paulsternstraße – Barrierefreier Ausbau – Einbau Aufzug und zusätzlicher Ausgang“**

Aktenzeichen SenUMVK IV E 1 / PG 2020-0017

Antrag der Berliner Verkehrsbetriebe vom 19. Mai 2020 gemäß § 28 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 28 Abs. 1a PBefG a.F.).

Verfahrensleitende Verfügung

Für das o.g. Vorhaben wird gemäß § 5 i. V. m. § 9 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Begründung

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 auf alle in Anlage 1 aufgelisteten Vorhaben anzuwenden. Der Einbau des Aufzugs und der Bau des zusätzlichen Ausgangs stellen nach § 2 Abs. 4 Nr. 2 UVPG eine Änderung einer bestehenden Straßenbahnstrecke* dar und erfüllen somit den Tatbestand der Nr. 14.11 der Anlage 1 zum UVPG. Das Vorhaben unterliegt damit der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 Abs. 3 i. V. m. § 7 Abs. 1 UVPG. Die Allgemeine Vorprüfung wird als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 der UVPG aufgeführten Kriterien durchgeführt. Hierbei wird ermittelt, ob das Änderungsvorhaben nach Einschätzung der Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann, die nach § 25 Abs. 2

UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Sofern das geplante Änderungsvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann, besteht eine UVP-Pflicht.

*Gemäß § 4 Abs. 2 PBefG gelten als Straßenbahnen auch Untergrundbahnen, die ausschließlich oder überwiegend der Beförderung von Personen im Orts- und Nachbarschaftsbereich dienen und nicht Bergbahnen oder Seilbahnen sind. Mithin fällt die Berliner U-Bahn unter den rechtlichen Status einer Straßenbahn nach PBefG, sodass der Einbau eines Aufzuges und der Neubau eines zusätzlichen Ausgangs in einen U-Bahnhof rechtlich als Änderung einer Betriebsanlage einer Straßenbahn zu beurteilen sind.

Das Vorhaben hat den Einbau einer Aufzugsanlage sowie den Einbau einer zusätzlichen Zugangsanlage zur Erschließung des U-Bahnhofs Paulsternstraße (Linie U7) zum Gegenstand. Damit wird zum einen ein barrierefreier Zugang an einer günstigeren Lage im Straßenland geschaffen. Zum anderen wird mit dem Einbau einer zusätzlichen Zugangsanlage (Treppe) den rechtlichen Sicherheits-Anforderungen entsprochen.

Im Rahmen der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wurde nach überschlägiger Prüfung der vorliegenden Unterlagen (Erläuterungsbericht, Pläne, Stellungnahmen des Landesdenkmalamts) und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 UVPG von Amts wegen festgestellt, dass von dem Änderungsvorhaben nach § 9 Abs. 3 S. 2 i. V. m. § 7 Abs. 1 S. 3 UVPG keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Bei der Vorprüfung wurde des Weiteren berücksichtigt, inwieweit Umweltauswirkungen durch die von der Trägerin des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden.

Betroffen sind folgende Schutzgüter: Mensch, Pflanzen, Flächen, Boden, Wasser und kulturelles Erbe (Denkmalschutz) nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 UVPG.

Das Schutzgut Menschen, insbesondere menschliche Gesundheit nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 UVPG, ist nicht erheblich betroffen, da der U-Bahnhof in einem Industrie- und Gewerbegebiet liegt. Der Betrieb des Aufzugs wird keine deutlich wahrnehmbaren Geräusche erzeugen. Während der Bauzeit ist mit einer Überschreitung der Anhaltswerte nach AVV-Baulärm zu rechnen.

Von der Maßnahme betroffen sind vier Laubbäume. Davon wird ein Baum am südlichen Straßenrand der Nonnendammallee geschützt; drei Bäume, davon einer auf der Mittelinsel und zwei am südlichen Straßenrand, werden entfernt. (Die beiden Bäume am Straßenrand werden artgleich erneuert, auf der Mittelinsel werden 12 neue Bäume gepflanzt). Der von

dem Vorhaben betroffene Teil der Mittelinsel östlich der Fußgängerfurt umfasst 905 m²; davon sind 310 m² Grünflächen, die komplett rückgebaut werden. (Bei der Neugestaltung werden auf dem genannten Teil der Mittelinsel 460 m² Grünfläche neu angelegt. Der Anteil versiegelter Fläche ist somit nach Abschluss der Maßnahme geringer.)

Hinsichtlich des Schutzguts Fläche ergibt sich kein dauerhafter Flächenmehrbedarf. Bauzeitlich werden die Baugrube und die Baustelle auf der südlichen Fahrbahn der Nonnendammallee eingerichtet, der Verkehr wird auf die nördliche Fahrbahn umgeleitet; die Projektfläche umfasst auf der Straße 2.100 m² (Flurstück 24 / 15) und auf dem Gelände des Unternehmens Osram 110 m² (Flurstück 70). Die temporäre Sondernutzung des Straßenlands soll ca. 24 Monate betragen. Auf die Schutzgüter Pflanzen und Fläche hat die Maßnahme demnach nur einen geringen Einfluss.

Die Maßnahme tangiert das Grundwasser. Die Baugrube des Tiefbauteils wird als Trogbau-grube im Spundwandverbau und Düsenstrahl-Sohle unter Schutz einer Lenz- und Restwasserhaltung hergestellt. Der Anschluss an das bestehende Tunnelbauwerk wird mittels Düsenstrahl-Verpresskörper bzw. Düsenstrahl-Sohle ausgeführt. Für den auf dem Tunnel liegenden geböschst ausgeführten Baugrubenteil wird bis zur Herstellung der Dichtigkeit eine offene Wasserhaltung vorgesehen. Die Dichtigkeit wird durch die Nutzung einer südlich anliegenden Bestandsbohrpfahlwand und durch einen westlich geplanten Dichtbalken realisiert. Einzubringende Stoffe sind die Spundwand und der Düsenstrahlkörper. Nach dem von der Vorhabenträgerin beauftragten Gutachten ist eine Gefährdung der umliegenden Schutzgüter aus hydrogeologischer Sicht nicht gegeben. Eine Gefährdung des Grundwassers oder der menschlichen Gesundheit im Rahmen von Baumaßnahmen wird nicht befürchtet.

Der U-Bahnhof Paulsternstraße ist seit 2017 in die Berliner Denkmalliste eingetragen (Objektnummer 09096870,T,003). Während der Vorabstimmung mit dem Landesdenkmalamt von Berlin (LDA) wurde nicht geltend gemacht, dass es sich bei den beschriebenen Maßnahmen um einen erheblichen Eingriff in das Schutzgut Denkmalschutz handelt. Danach sind die Beeinträchtigungen für das Schutzgut kulturelles Erbe/sonstige Sachgüter nicht hinreichend gravierend, als dass sie eine UVP-Pflicht auslösen würden.

Wechselwirkungen durch das Vorhaben, die zu zusätzlichen oder verstärkten nachteiligen Umweltauswirkungen führen, können ausgeschlossen werden.

Fazit: Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf die betroffenen Schutzgüter sind durch das Vorhaben unwahrscheinlich.

Die Prüfung nach § 8 UVPG hat ergeben, dass sich in der Nähe des Vorhabens im Sinne von § 3 Abs. 5a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) kein Betrieb oder Betriebsbereich befindet, der als benachbartes Schutzobjekt im Sinne des § 3 Abs. 5d BImSchG gilt. Insoweit ist davon auszugehen, dass kein höheres Störfallrisiko zu erwarten ist.

Das Ergebnis der Einzelfallprüfung ist nach § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt zu machen. Die Begründung nach § 5 Abs. 2 UVPG und die der Entscheidung zu Grunde liegenden Unterlagen sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Dienstgebäude Rungestraße 29, Zimmer Ru 421 (Zugang über Am Köllnischen Park 3) 10179 Berlin, sowie im UVP-Portal des Landes Berlin öffentlich zugänglich. Die Einsichtnahme der Unterlagen in den Räumen der Senatsverwaltung kann nur nach vorheriger Vereinbarung eines Termins per Telefon oder E-Mail bei der Planfeststellungsbehörde unter der Rufnummer 030/9025-1404 oder unter joerg.liemann@senuvk.berlin erfolgen. Es sind die jeweils aktuellen am Tag der Einsichtnahme geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Öffnungszeiten, Zutritts- und Abstandsregeln sowie Hygienevorschriften zu beachten.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 S. 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Im Auftrag

Wanzek

Leiter der Planfeststellungsbehörde

Rechtsgrundlagen

Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 16. April 2021 (BGBl. I S. 822)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 51. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154)

**Feststellung über das Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
gemäß § 5 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) für das Vorhaben
„U7 Paulsternstraße – Barrierefreier Ausbau – Einbau Aufzug und zusätzlicher Ausgang“**

Bekanntmachung vom 21. April 2022

SenUMVK IV E 10 / PG 2017-0022

Telefon: (030) 9025-1404 oder (030) 9025-0, intern 925-1404

Am 19. Mai 2020 beantragten die Berliner Verkehrsbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts, Holzmarktstraße 15-17, 10179 Berlin, im Rahmen des oben angegebenen Bauvorhabens die planrechtliche Genehmigung des Vorhabens nach § 28 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) i. V. m. § 74 Abs. 6 Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 28 Abs. 1a PBefG a.F.).

Das Vorhaben hat den Einbau einer Aufzugsanlage sowie den Einbau einer zusätzlichen Zugangsanlage zur Erschließung des U-Bahnhofs Paulsternstraße (Linie U7) zum Gegenstand. Damit wird zum einen ein barrierefreier Zugang an einer günstigeren Lage im Straßenland geschaffen. Zum anderen wird mit dem Einbau einer zusätzlichen Zugangsanlage (Treppe) den rechtlichen Sicherheits-Anforderungen entsprochen.

Für das vorliegende Änderungsvorhaben erfolgte nach § 9 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 und § 7 Abs. 1 S. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) i. V. m. Nummer 14.11 der Anlage 1 UVPG eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht, um zu ermitteln, ob die geplanten Änderungen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können.

Im Rahmen dieser allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wurde nach überschlägiger Prüfung der vorliegenden Unterlagen (Erläuterungsbericht, Pläne, Stellungnahme des Landesdenkmalamts) und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 UVPG von Amts wegen festgestellt, dass von dem Änderungsvorhaben nach § 9 Abs. 3 S. 2 i. V. m. § 7 Abs. 1 S. 3 UVPG keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Bei der Vorprüfung wurde des Weiteren berücksichtigt, inwieweit Umweltauswirkungen durch die von der Trägerin des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden.

Die der Entscheidung zugrundeliegenden Unterlagen sowie deren Begründung sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Dienstgebäude Rungestraße 29 (Zugang über Am Kölnischen Park 3) 10179 Berlin, sowie im UVP-Portal des Landes Berlin öffentlich zugänglich. Die Einsichtnahme der Unterlagen in den Räumen der Senatsverwaltung kann nur nach vorheriger Vereinbarung eines Termins per Telefon oder E-Mail bei der Planfeststellungsbehörde unter der Rufnummer 030/9025-1404 oder unter joerg.liemann@senuvk.berlin erfolgen. Es sind die jeweils aktuellen am Tag der Einsichtnahme geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Öffnungszeiten, Zutritts- und Abstandsregeln sowie Hygienevorschriften zu beachten.

In der Zeit der Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie ist die Einsichtnahme im Dienstgebäude nur nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung möglich.

Die Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 S. 1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Im Auftrag

Wanzek
Leiter der Planfeststellungsbehörde

Rechtsgrundlagen

Personenbeförderungsgesetz (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 16. April 2021 (BGBl. I S. 822)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 51. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154)